

Vorlage Nr. XI 17/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

A Problem

Mit der Vorlage XI 5/2024 erfolgte im Juni der letzte Sachstandsbericht zum hochbaulichen Realisierungswettbewerb für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Stadtbremischen Überseehafengebiet.

B Lösung

Nach Einreichung einer Beschwerde eines nicht berücksichtigten Architekturbüros bei der Vergabekammer bestätigte diese zunächst die Vergabeentscheidung. Das unterlegene Architektenbüro legte in der Folge dann eine weitere Beschwerde beim Oberlandesgericht ein, die mündliche Erörterung beim OLG fand am 09.08.2024 in Bremen statt. Das OLG äußerte in der Erörterung Bedenken gegen die Vergabeentscheidung, Seestadt Immobilien prüft derzeit die weitere Verfahrensweise in Zusammenarbeit mit dem verfahrensbegleitenden Büro und der rechtsanwaltlichen Vertretung.

Die parallel laufenden Planungen zum Bauleitplanverfahren sind davon aktuell noch nicht betroffen und werden weiter fortgesetzt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Finanzielle Auswirkungen sind derzeit in der Abstimmung und deshalb noch nicht bezifferbar. Die Finanzierung für die Beauftragung der Bauleitplanung ist über Seestadt Immobilien sichergestellt. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.